

Der Landrat teilte mit, dass über die Thematik zuletzt in den Sitzungen des Kreisausschusses am 24.11.2014 und 08.12.2014 ausführlich berichtet und diskutiert worden sei. Es liege nunmehr eine mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 08.12.2014 vor.

Abg. Kemper unterstrich, dass das Krankenhaus in Eitorf als tragende Säule der Nahversorgung für die Bevölkerung auch über Eitorf hinaus akut gefährdet sei. Richtig sei, dass man einen gleichlautenden Antrag noch als Gruppe bereits am 21.02.2014 gestellt habe. Auf den seinerzeitigen Hinweis, dass öffentliche Diskussionen hier schädlich seien, habe man Ruhe gehalten und den Antrag zurückgezogen. Dann sei das Krankenhaus in der Insolvenz „gelandet.“ Am 15.09.2014 – nach der Insolvenz - habe seine Fraktion den Antrag dann erneut gestellt. Auch hier habe es geheißen, dass es besser sei, den Patienten in Ruhe genesen zu lassen. Seine Fraktion habe sich „breitschlagen lassen“, den Antrag erneut zurückzuziehen. Dann seien Entlassungen gefolgt. Nun habe man den Antrag zum dritten Mal gestellt, weil man denke, dass der Kreis hier nun Farbe bekennen und sich einschalten müsse. Es könne nicht sein, dass man einfach nur zuschauen, wie dieses Krankenhaus dahindarbe und möglicherweise irgendwann die medizinische Versorgung einstellen müsse. Der Antrag beinhalte zwei Komponenten. Zum einen solle der Landrat Gespräche führen mit dem Ziel einer Übernahme. Direkte Gespräche zwischen dem Krankenhausträger und dem Landrat halte man für unabdingbar. Zum anderen solle ein Plan B entwickelt werden, was man machen wolle, wenn das Krankenhaus seine medizinischen Leistungen nicht mehr erbringen könne. Hierfür sollte man vorbereitet sein. Wichtig sei, dass die medizinische Versorgung gerade in dieser ländlich durchaus benachteiligten Region aufrechterhalten werde. Sich hier zu verweigern, könne nicht die Lösung sein. Auch könne er dem Argument, dass Diskussionen nur schaden, nicht folgen, denn das heiße ja, hier nur zuzuschauen und dass all die Menschen, die 48 Wochen für den Erhalt der Geburtsstation gekämpft und protestiert hätten, dem Krankenhaus geschadet hätten. Er sei hingegen der Überzeugung, dass dies dem Krankenhaus eher genutzt und eine Sensibilisierung für die Situation geschaffen habe. Seine Fraktion hoffe, dass dies noch zu einem positiven Ende führe und die anderen Fraktionen ihre Haltung noch einmal überdenken.

Der Landrat trat vehement der Behauptung entgegen, seitens der Verwaltung sei zu irgendeinem Zeitpunkt gesagt worden, dass durch den Einfluss des Rhein-Sieg-Kreises hier irgend etwas besser werden könnte. Vielmehr sei durch die politischen Mehrheiten auch in den Ausschüssen immer betont worden, dass dies Sache des Privatinvestors sei. Zum Zeitpunkt dieser Diskussionen sei das also nie Sache des Landrates oder der Verwaltung gewesen. An dieser Einstellung habe sich bis heute weder juristisch noch tatsächlich etwas geändert. Er wies darauf hin, dass die LINKE ihre Anträge ja auch zweimal zurückgenommen habe. Unter Hinweis auf die heutige Tischvorlage führte er zum aktuellen Stand aus, dass der Geschäftsführer am 28.11.2014 in einer E-Mail mitgeteilt habe, dass er das Schiedsstellenverfahren eingeleitet habe, was der konsequente nächste Schritt sei. Dies würde kein Unternehmer einleiten, wenn er sich hiervon keine positiven finanziellen Effekte versprechen würde und hierdurch möglicherweise in die Lage versetzt werden könnte, den Erhalt des Krankenhauses sicherzustellen. Der Ausgang dieses Verfahrens sei nunmehr abzuwarten. Außerdem habe er mitgeteilt, dass ein Investorenprozess initiiert worden sei, d. h., man suche Leute, die investieren oder mit denen man zusammen die Trägerschaft modifizieren könne. Vor diesem Hintergrund seien die Verwaltung und auch der Landrat nach wie vor der Meinung, dass es keine Veranlassung gebe, hier im Sinne des Antrages der LINKE-Kreistagsfraktion tätig zu werden.

Abg. Dr. Fleck teilte mit, dass er sich bei diesem Antrag enthalten werde, weil er aus seiner Tätigkeit im Sozialausschuss wisse, dass der zuständige Dezernent hier sein Möglichstes tue. Im Grunde unterstütze er natürlich, dass das Krankenhaus erhalten bleibe. Es sei durchaus

nachvollziehbar, wenn das Krankenhaus nun mitteile, dass die beiden Abteilungen „Augenklinik“ und „HNO“ geschlossen würden. Auch habe die LINKE vorgeschlagen, weitere Abteilungen anzusiedeln, was er für sinnvoll halte. Er wies drauf hin, dass es hier auch das große Gebiet der alternativen Medizin gebe.